

Ein bolivianischer Gewerkschafter:

»Die Lage in Bolivien ist schlecht – internationale Solidarität ist jetzt wichtig!«

Das folgende Gespräch wurde mit einem in der BRD im Exil lebenden Vertreter der bolivianischen Minenarbeitergewerkschaft (Federacion Sindical de Trabajadores Mineros Bolivia) Mitte Oktober 1980 geführt. Das Gespräch schneidet einige wichtige Fragen zur Geschichte Boliviens seit 1952 – besonders die Rolle der Campesinos – und zur derzeitigen Lage der Parteien und Gewerkschaften an, die seit dem Putsch vom 17.7.1980 versuchen, im Untergrund den Widerstand zu reorganisieren.
Die Redaktion

Die Zeit vor dem Putsch von 1980

Frage: Welches politische Bewußtsein hat die bäuerliche Bevölkerung (Campesinos)? Hat sie an den Kämpfen der Minenarbeiter teilgenommen? Was hat sich verändert, seitdem noch 1963 bewaffnete Bauernmilizen gegen die Minenarbeiter eingesetzt wurden?

Antwort: Wir müssen über die Geschichte der Bauern reden. Vor der Revolution von 1952 hatten die Bauern ein extrem schweres Leben. Sie mußten für ihre Herren gratis in Leibeigenschaft arbeiten.

Damals gewann die Partei MNR¹ (Movimiento Nacionalista Revolucionario Historico), in der auch Ziles Zuazo, Juan Lechin, Torres und Paz Estenssoro waren, an Bedeutung. Es gab wie jetzt Wahlen und anschließend einen Putsch und einen Widerstand gegen diesen Putsch, an dem sich die MNR gemeinsam mit den Bauern und Arbeitern beteiligte. Es gab Straßenschlachten, weil das Volk keine Waffen hatte; daher hat es teilweise die Kasernen gestürmt. Bei diesem Widerstand haben auch vor allem Frauen und Kinder mitgemacht. Sie

haben Steine geworfen und Barrikaden gebaut. Dadurch hat die Revolution 1952 gesiegt. Es wurden dann Arbeiter- und Bauernmilizen aufgestellt.

Als dann Paz Estenssoro aus dem Exil aus Argentinien zurückkam, führte er eine Agrarreform durch, die die Bauern aus ihrem bisherigen Zustand befreite. Sie erhielten teilweise Ländereien, konnten diese aber wegen mangelnder technischer Kenntnisse kaum bearbeiten.

Frage: Wieso besaßen die Bauern keine Kenntnisse? Sie haben doch auch vorher auf dem Land gearbeitet?

Antwort: Das Land lag z. T. brach. In der Leibeigenschaft erhielten die Bauern ja keine Ausbildung. Es gab z. B. auch

¹ Den seit 1920 zunehmenden Repressionen und Massenentlassungen von Seiten der Militärdiktatur begegnete die Arbeiterschaft mit immer stärker werdender Mobilisierung und zahlreichen Streiks. Die z. T. äußerst blutig verlaufenden Auseinandersetzungen gipfelten unter Beteiligung des MNR in der Revolution von 1952. Der MNR war aus einem Bündnis mit der patriotisch gesonnenen Militärclique RADEPA (=Sache des Vaterlandes-) hervorgegangen und hatte das Ziel, einen »modernen Parlamentarismus« zu schaffen. Sie bediente sich der Arbeiterschaft als Gegengewicht gegen ihre uniformierten Verbündeten.

Was von dem MNR daher unter Leitung von Hernan Ziles Zuazo, zusammen mit einem Minister der Militärregierung, lediglich als sanfter Staatsstreich geplant gewesen war, entwickelte sich durch das selbstständige Handeln der Arbeiter und Bauern zu einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, präsent in den bewaffneten Arbeiter- und Bauernmilizen und der am 17. 4. 1952 gegründeten Zentralgewerkschaft COB (Central Obrera Bolivia) mit Juan Lechin Oquendo an der Spitze. Im ganzen Land hatten sich die Arbeiter und Bauern durch Überfälle auf Kasernen und Waffendepots von Polizei und Armee ihre Waffen selbst beschafft. Unter diesem Druck von unten konnte der MNR nicht bei der Verkündung des allgemeinen Wahlrechts bleiben. In dem Maße jedoch, wie die durch die Revolution erreichten Ergebnisse wieder zurückgenommen wurden, nahmen auch die Arbeitskämpfe wieder zu.



keine Bewässerungsanlagen. Die Bauern wurden zu kleinen Bourgeoisien, weil sie nun Ländereien besaßen, und sie gerieten in Abhängigkeit zu den Militärs, weil diese ihnen in technischen Dingen halfen. Es entstand quasi ein Pakt zwischen den Militärs und den Bauern.

1953 wurden die großen Minen nationalisiert. Die Nationalisierungen nützten aber nicht unbedingt den Arbeitern, weil das, was an Werten geschaffen wurde, erstmal direkt an den Staat ging. Teilweise wurden die Gelder dazu genutzt, Propaganda aller Art von Seiten der Regierung zu machen, um die Arbeiter in bestimmten Konflikten zu unterdrücken.

Auf der anderen Seite wurden Kommissionen gebildet, um die Gelder zu kontrollieren. Die Kommissionen wurden von den Arbeitern eingerichtet, waren aber auch offiziell genehmigt.

Das dauerte ungefähr 4–5 Jahre. Es war sehr schwierig. In jedem Betrieb war einer für die Kontrolle zuständig. Es waren dann noch sehr viel andere sogenannte kompetente Leute dabei, sogenannte Techniker. Die Kommissionen besaßen wirklich Macht wie z. B. beim Generalstreik, dann, wenn sie direkt mit der Basis zu tun hatten. Die Arbeiter aber waren in der Minderheit, in der Mehrheit waren die Techniker und Berater. Die Arbeiter besaßen eben noch zu wenig Kenntnisse und Kenntnisse bedeutet: Macht.

Dann gab es damals von den reichen Staaten, auch von der BRD Kredite, die mit bestimmten Auflagen verbunden waren. Einige dieser Auflagen waren z. B. die Arbeiterkontrolle zu verringern, keine Löhne zu erhöhen, bestimmte Lebensmittel zu kaufen, die sehr teuer waren, alte Geräte und Werkzeuge zu kaufen. Die Agitation bei den Arbeitern mußte wegfallen.

1964 haben Ziles Zuazo u. a. einen Hungerstreik gegen Paz Estenssoro begonnen, weil er derzeit das Heer noch mehr bewaffnen wollte. Dann gab es den Militärputsch von Barrientos. Paz Estenssoro hatte sich nach rechts entwickelt, indem er das Heer stärkte und stark gegen die Arbeiter vorging, aber die Bauern hatten ihn und die MNR an die Macht gebracht — sie waren daher an ihn gebunden. Sie wurden zusätzlich mit Geldern der Großgrundbesitzer bestochen und bekamen Vergünstigungen. Dadurch wurde ein neues Feindbild gegenüber den Mineros aufgebaut. Schon damals hatten die Bauern den Eindruck, daß die Mineros ihre Feinde sind, weil sie gegen Paz Estenssoro vorgegangen waren.

Nach dem Putsch von Barrientos wurden die Arbeiter dann systematisch entwaffnet, die Lager und Wohnungen wurden gesäubert. Unter den Bauern wurde eine ungeheure Kampagne gestartet. Wenn z. B. ein kommunistischer Agitator

aufs Land kam, wurde gesagt: Tötet ihn, es ist unsere Verantwortung (die der Militärs).

Jetzt ist eine neue Bauerngeneration herangewachsen, die sich an die Gesellschaft angeschlossen hat. In Siglo XX haben sich 6000 Bauern aktiv am Widerstand beteiligt. Sie haben mit Lebensmitteln geholfen und Barrikaden gebaut. Die Mehrheit der Bauern arbeitet jetzt im Widerstand mit. Es gibt nur noch einzelne Bauern, die sich korrumpieren lassen, es sind nicht mehr die Bauern.

In letzter Zeit haben sich die Bauern auch gewerkschaftlich organisiert. Sie sind zusammen mit den Arbeitern, Schülern, Studenten usw. in der COB organisiert. Auch die Studenten spielten z. B. beim Barrikadenbau eine wichtige Rolle. Während der Straßenkämpfe um die Präsidentschaft von Torres² haben sie die ganze Stadt lahmgelegt.

In der Zeit von Torres nach 1971 wurde zum ersten Mal eine Volksversammlung eingerichtet, in der die Arbeiter gebührend vertreten waren. Es wurden Kommissionen gebildet, um die Wirtschaft des Landes zu kontrollieren. Die Comibol, die staatliche Minengesellschaft, wurde von der Volksversammlung kontrolliert. Es wurden Untersuchungen über die Einflüsse des CIA in Bolivien veröffentlicht. Dabei kam z. B. die Sache mit der Sterilisation der Frauen heraus. Die Sterilisationen waren vorgenommen worden, ohne daß die Frauen etwas davon wußten. Die Indios sollten so ausgerottet werden.

² Der MNR bereitete während seiner 12jährigen Regierungsphase durch die Wiederbewaffnung der Armee und weitgehende Zurücknahme der durch die Revolution erreichten Ergebnisse den Boden für die Restauration, die dann von dem 1966 an die Macht gekommenen Militärdiktator Barrientos weitergeführt wurde. Löhne wurden gekürzt und die Gewerkschaften wieder verboten.

Erst nach Barrientos' Tod 1971 konnte sich der Führer der progressiven Militärs, Juan José Torres, mit Unterstützung der in einen Generalstreik getretenen Arbeiterschaft durchsetzen und sein erklärtes Ziel, den Sozialismus in Bolivien einzuführen, in Angriff nehmen. Er räumte den Arbeitern Regierungsbeteiligung ein. De facto lag die Macht jedoch bei der neu gegründeten Volksversammlung mit ihrem Präsidenten Juan Lechin; sie bestand zu 60 % aus Vertretern der Arbeiter, zu 20 % aus Bauern, zu 15 % aus Angehörigen der Mittelschicht und zu 5 % aus Studenten.

Bevor jedoch die 2. Volksversammlung einberufen werden konnte, putschte mit massiver Unterstützung der USA und Brasiliens General Banzer und setzte den während der 10monatigen Regierungszeit von Torres erreichten Fortschritten und Hoffnungen auf einen Sozialismus in diesem Land erneut ein jähes Ende.

Außerst harte Repressionen gegen Regimegegner folgten. Die Gewerkschaften wurden wieder verboten. Die Auswirkungen einer investitionsfreundlichen Wirtschaftspolitik führten zu einer ständigen Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung.





Die Zeit unter Torres war eine sehr wichtige Zeit. Die Arbeiter wollten sie als Sprungbrett benutzen, um eine wirkliche Arbeitermacht aufzubauen. Es gab eine Versammlung, in der weitere Kommissionen gebildet wurden. Anschließend wurden sehr schnell einige Militärs verhaftet, weil man herausfinden wollte, was noch alles gelaufen war. Kurz vor der 2. Versammlung war dann der Putsch von Banzer. Es war schon zu viel aufgedeckt worden und ins Rollen gekommen.

Frage: Es heißt, die Arbeiter sollten ausgerottet werden. Gibt es in diesem Zusammenhang eine Erklärung dafür, daß Domitila Chungara³ in Ihrem Buch sagt, sie müßten sehr viele Kinder haben? In der großen Armut, in der die Menschen dort leben, wäre es richtiger, weniger Kinder zu haben.

Antwort: Das ist wohl eher eine persönliche Meinung von Domitila, weil es sehr schwer ist, viele Kinder zu haben, wenn man nur einen Raum hat, keine Toiletten etc.

Ein anderer Gesprächspartner: Die Gedanken Domitilas sind nicht aus der Luft gegriffen, weil die Pläne des Imperialismus im Grunde darin bestehen, die Arbeiter auszulöschen. Die Imperialisten wissen ganz genau, daß so eine hungrige Masse schädlich ist. Von daher ist die Reaktion der Leute zu verstehen, die sagen: »Je mehr hungrige Mäuler, desto besser«.

Frage: Wer macht die Arbeit, wenn die Arbeiterklasse ausgerottet wird?

Antwort: Es gibt in Lateinamerika wirklich zu viele Menschen, die Bevölkerungsvermehrung ist unglaublich und

es gibt umheimlich viele Arbeitslose. In Lima (Peru) leben von 4 Millionen Einwohnern 2 Millionen in Elendsvierteln.

Frage: Ist es nicht zynisch zu sagen: kriegt so viele Kinder wie möglich, damit die Arbeiterklasse erhalten bleibt? Gerade wenn man die Lebensbedingungen der Arbeiter sieht, z. B. daß jedes 3. Kind frühzeitig stirbt und die Menschen aufgrund der Verhältnisse nur eine Lebenserwartung von 35–40 Jahren haben. Die Hälfte der Bevölkerung wird so frühzeitig geopfert. Die Schulprobleme sind ungelöst und man kann die Kinder nicht zu intelligenten Arbeitern heranziehen, weil die finanziellen Möglichkeiten fehlen.

Antwort: Zunächst einmal ist diese Frage noch gar nicht diskutiert worden: Je weniger Kultur, desto mehr Kinder! Die Minenarbeiter arbeiten nur und haben ihre Familien. Es ist ganz normal, daß jedes Jahr ein Kind kommt. Es ist eine Bewußtseinsfrage.

Der Putsch und die Situation danach

Frage: Wie sieht die konkrete Situation zur Zeit in den Minen aus? Wie versuchen die Leute unter den Bedingungen der Illegalität den Widerstand zu organisieren?

Antwort: Die Situation sieht sehr schlecht aus für die Minenarbeiter. Die Minen sind von den Militärs völlig kontrolliert. Die Panzer stehen ständig in Bereitschaft; es gibt nur 2–3 Minen, darunter auch Siglo XX, in die die Militärs nicht eingedrungen sind.

Die Sender sind alle kaputt, entweder zerstört oder eingenommen. Es gibt im Moment keine Kommunikation. Es gibt keine Gewerkschaften, weil ihre Führer entweder gefangen genommen oder getötet worden sind oder sie sind einfach verschwunden. Neue staatliche Gewerkschaften sind eingesetzt worden. Es gibt Arbeitervertreter, die niemand kennt. Sie sind in der Presse öffentlich aufgetreten als Vertreter der Arbeiter. Hinzukommt, daß die Lebensmittel begrenzt wurden. Es gibt nur ein Minimum zu essen, mit der Begründung, daß man Lebensmittel zurücklegen könnte, um einen neuen Widerstand zu organisieren, z. B. um im Untergrund lebende Leute zu versorgen.

Jede kleinste Versammlung wird sofort kontrolliert, zerstört, teilweise wurden Leute erschossen. Die Familien der Gewerkschafter werden besonders stark kontrolliert. Es besteht der Plan, den Kommunismus auszurotten; wenn z. B. ein Erzbischof etwas gegen das Regime sagt, heißt es gleich, er ist ein Kommunist. Das hängt vor allem auch damit zusammen, daß Bolivien mitten im Herzen von Südamerika liegt und die anfängliche Demokratie für die angrenzenden Länder eine große Herausforderung gewesen ist.

Das Gebäude der COB (Gewerkschaftsdachverband) ist dem Erdboden gleichgemacht worden, um für alle die Auslöschung der Gewerkschaften sichtbar zu machen. Jetzt sind Nachrichten gekommen, daß sich der Widerstand reorganisiert. Unter Tage in den Minen kann diskutiert werden, weil die Militärs dort nicht hineinkommen. Es ist ihnen zu gefährlich.

Auch die Bauern überlegen, wie sie bessere Lebensmittellieferer sein können, um die Lebensmittelverknappung zu umgehen.

Frage: Wußten die Leute, daß es zu diesem Putsch kommen würde?

Antwort: Der Putsch wurde erwartet, jedoch zu einem späteren Zeitpunkt. Um ihn zu verhindern, wurde ein Generalstreik geplant. Als die COB- und Parteiführer zusammentraten, wurde diese Versammlung gesprengt. Der Generalstreik konnte nicht mehr durchgeführt werden, d. h. er wurde nur teilweise befolgt und frühzeitig aufgegeben. Auch die Leute aus Siglo XX z. B. haben vorher aufgegeben, damit die Leute nicht sinnlos in den Kampf geschickt werden. Einige Radiosender wurden kampfflos übergeben, weil man gegen die Übermacht nicht ankam. In Siglo XX haben einige bis zum 6. August nicht gearbeitet.

Es fand eine Absprache zwischen den Militärs und den Arbeiter- und Bauernmilizen statt, daß die Radiosender übergeben werden und dafür die Militärs nicht nach Siglo XX hineingehen.

³ Weitere Informationen zu Bolivien und Südamerika:

A. Lühring: Bei den Kindern von Concepción, rowohlt 4060
amnesty international: Bolivien, Menschenrechte im Absels
Lateinamerika anders Nr. 3/77, Länderbericht Bolivien, S. 2–24
Information Dritte Welt (IZ3W Dortmund) 30/31: Vom Inkareich zu Coco Cola

Armut des Volkes (UN-Dokumente) rowohlt 1772
G. Lora: Bolivien 1971, Verlag neuer Kurs, Berlin
E. Meueler: Unterentwicklung, ein Werkbuch, rowohlt 6906/7
pogrom Nr. 50/52: Indianer sprechen, S. 17–28

Eduardo Galeano: Die offenen Adern Lateinamerikas, Hammer Verlag
Boliviendokumentation des DGB-Landesbezirks Nordmark, Zum Putsch
Moema Vlezzer: »Wenn man mir erlaubt zu sprechen...« s. nebenstehende
Rezension, absolut empfohlen!

Regelmäßige Neuigkeiten aus Bolivien:

Lateinamerika-Nachrichten, FDCL Berlin
Informationsblatt des Informationszentrums Bolivien, Wilrijk (Belgien)
Gonzalo Torrico Prada, Reiner Kronberger: »Noviembre Negro«. Massaker und Widerstand in Bolivien, Verlag Roter Funke.

Der Vertreter der COB in der BRD, Remberto Guzman, hat ein Informationsblatt zur Situation der Gewerkschaften in Bolivien herausgegeben. Es kann zu einem Solidaritätspreis von 50 Pf, möglichst als Sammelbestellung, bei der Redaktionsadresse bestellt werden



Frage: Welche Rolle spielen welche politischen Parteien?

Antwort: Die Parteien sind generell nicht so wichtig. Die meisten politischen Parteien sind im Exil, im Ausland. Die UDP spielt eine wichtige Rolle in der Diskussion um die Reorganisierung des Widerstandes. Für kommende Auseinandersetzungen ist es wichtig, daß die Parteien sich für neue Widerstandsformen einsetzen. Generell haben die Gewerkschaften mehr Macht. In der COB sind sämtliche Parteien vertreten — ohne die COB würde nichts laufen, sie ist die politische Koordination.

Frage: Gibt es die Hoffnung, daß demnächst ein Putsch im Putsch stattfinden wird?

Antwort: Man rechnet damit, daß gemäßigte Militärs an die Macht kommen. Es gibt mehrere Länder, die ein Interesse an Bolivien haben, z. B. Brasilien, Argentinien auch. In Argentinien wurde vor dem Putsch folgender Plan diskutiert: 1. Putsch von Oberst Natusch November 1979, 2. dieser Putsch (im Oktober 1980), 3. nach dem Carter-Plan einen gemäßigten Putsch; nachdem erst einmal alles kaputt gemacht worden ist, wird eine Scheindemokratie eingerichtet.

Aus dem 1. Putsch vom November 1979 wurde gelernt. Auf Seiten der Militärs wurden viele Fehler gemacht. Man war nicht genug vorbereitet. Beim 2. Putsch sieht man die Lernschritte. Es wurden z. B. Amulanzwagen benutzt, um die Verhaftungen durchzuführen. Die Arbeiterführer wurden z. T. sofort umgelegt.

Frage: Welche Rolle spielten die Paramilitärs?

Antwort: Das sind z. T. Ausländer aus den Gefängnissen, die für ihre Arbeit bezahlt wurden. Selbst Militärs, die nicht ganz auf der Linie standen, wurden von den Paramilitärs bewacht und bedroht.

Frage: Wie ist das Verhältnis zwischen der COB und der CONADE? Wieso wurde nach allem, was wir über die COB gehört haben, noch die CONADE gegründet?

Antwort: CONADE hat noch eine andere Bedeutung. In der CONADE sind alle politischen Parteien vertreten, Priester, Hausfrauen etc. Die CONADE geht über das hinaus, was im gewerkschaftlichen Rahmen gemacht werden kann. In der Gewerkschaft kämpfen die Arbeiter um mehr Lohn, und die Verteidigung der Arbeiterrechte. Die COB ist keine politische Organisation, sie vertritt mehr wirtschaftliche Interessen. Wenn eine Mine verteidigt wird, ist das kein politischer Kampf, sondern hauptsächlich ein gewerkschaftlicher Widerstand.

Frage: Auch in der Nazizeit haben sich nicht nur die Arbeiter, sondern andere Gruppen im Widerstand befunden. Wie

unterscheiden sich die beiden Gruppen im praktischen Widerstand?

Antwort: CONADE ist ein junger Organismus, der noch keine politische Erfahrung hat. Die COB hat politische



In dieser bolivianischen Karikatur trägt der Ausbauer Lederhosen und Gamsbart-Hut. Die in Bolivien ansässigen Deutschen besitzen nicht nur die Bier-Brauerei, sondern beherrschen ca. 30 Prozent der Privatindustrie. (Stem, 01/1972)

pazifistisch. Jetzt muß erst eine Definition gefunden werden, wie die CONADE revolutionärer werden kann. Es wird z. B. diskutiert, ob amnesty international oder andere Menschenrechtsorganisationen abspringen.

Frage: Wie wird von Seiten der Militärs die CONADE bzw. die COB eingeschätzt?

Antwort: Sie nehmen die COB ernster, weil die Arbeiter eine größere Macht haben und besser organisiert sind.

Frage: Wie wird die weitere Entwicklung eingeschätzt?

Antwort: Die internationale Solidarität ist sehr wichtig. Das wird bewirken, daß die Junta sich schwächer fühlt, z. B. durch einen wirtschaftlichen Boykott. Es hat schon Auswirkungen gegeben, vor allem durch den Einsatz einiger Menschen-

rechtsorganisationen, amnesty international etc. Einige Arbeiterführer wurden befreit. Die bolivianischen Arbeiter glauben, daß ihnen die Arbeiter der Welt helfen werden. Sie glauben nicht an die Hilfe irgendwelcher Regierungen. Die Regierungen würden sich mit einer wirklichen Solidarität nur schaden.

Frage: Die BRD hält die wirtschaftlichen, politischen und diplomatischen Beziehungen aufrecht. Haben die bolivianischen Arbeiter vielleicht zuviel Hoffnung, daß wir schon eine bewußte Arbeiterklasse haben?

Antwort: Wir wissen, daß es sehr schwer ist, den ökonomischen Boykott zu erreichen. Das Wichtigste ist, immer wieder zu fordern, daß die politischen Gefangenen entlassen werden. Das sind die Menschen, die wir brauchen und die mit allen Mitteln zur Zeit kaputt gemacht werden.

DGB-Hamburg:

Solidarität mit Boliviens Arbeitern stört die Funktionäre

Wer die ungewöhnlich breite bundesdeutsche Berichtserstattung über den Putsch ultrarechter Militärs in Bolivien am 17. 7. 1980 und deren Folgeereignisse verfolgt hat, konnte berechnete Hoffnungen entwickeln, daß von entscheidender Seite auf politischer und gewerkschaftlicher Ebene entsprechende Maßnahmen eingeleitet würden, um die Militärjunta zum Rücktritt zu zwingen.

Vor allem war dies von denjenigen politischen und gewerkschaftlichen Interessenvertretern und -verbänden zu erwarten, die die äußerst brutale Machtübernahme durch eine Clique putschender Offiziere verurteilt und ihre Solidarität mit dem bolivianischen Volk bekundet hatten.

Der DGB-Nachrichtendienst veröffentlichte bereits am 21. 7. 1980 folgende Erklärung: *»Der Deutsche Gewerkschaftsbund verurteilt schärfstens den blutigen Umsturz in Bolivien und fordert die sofortige Wiederherstellung der demokratischen Rechte... Er fordert die Bundesregierung auf, jegliche Zusammenarbeit mit Bolivien einzustellen, die als Anerkennung des neuen Regimes anzusehen ist.«* (DGB-Nachrichtendienst vom 21. 7. 1980)

Nur wenige Wochen nach dem Putsch ergab sich in Hamburg eine Situation, die den Hamburger Senat und den DGB mit der Frage konfrontierte, ob sie über verbale Versprechungen hinaus einen kleinen Schritt zu tun bereit sind: am 12. 9. 1980 teilte der Hamburger Senat dem bolivianischen Generalkonsul Emilio Sanchez die Löschung seines Exequaturs¹ mit, nachdem dieser seine Entlassung von der herrschenden Militärjunta in La Paz bereits erhalten hatte, weil er die neuen Machthaber nicht anerkannte.

Emilio Sanchez erklärte dagegen öffentlich, daß er sich weiterhin als Vertreter der von der Militärjunta beseitigten, demokratisch gewählten Regierung Siles Zuazo verstehe, und öffnete das Generalkonsulat als *»Stätte des Widerstandes des demokratischen Boliviens gegen die Militärjunta.«* (FR 24. 9. 1980)

Wie würde nun also die persönliche und politische Solidarität aussehen, die Bürgermeister Klose dem Konsul anläßlich dessen mutiger und konsequenter Haltung bereits vor dessen Entlassung versichert hatte?

Und was würden vor allem die Gewerkschaften ihrerseits tun, um den von E. Sanchez ausgesprochenen Forderungen nach diplomatischem, politischem und wirtschaftlichem Boykott der Militärjunta Nachdruck zu verleihen?

Eine erste Gelegenheit in dieser Sache ergab sich für mehrere Gewerkschaftsvertreter, als 3 Tage nach der Bekanntgabe der Löschung des Exequaturs im Hamburger Gewerkschaftshaus eine Veranstaltung zu den Wahlprüfsteinen der SPD stattfand, zu der 5 Einzelgewerkschaften

zusammen mit dem DGB Landesvorsitzenden Hans Saalfeld aufgerufen hatten.

Der Konsul erschien zu dieser Veranstaltung zusammen mit mehreren Mitgliedern des Bolivien-Solidaritätskomitees CONADE Hamburg in der Absicht, vor gewerkschaftlich interessiertem Publikum den Entzug seines Amtes bekannt zu machen und die Solidarität der deutschen Gewerkschaften mit dem bolivianischen Volk in dieser schweren Lage zu erbitten.

Da aus Termingründen keine vorherigen Absprachen für einen kurzen Auftritt des Konsuls zu Beginn der Veranstaltung getroffen werden konnten, wandte sich eine Vertreterin der CONADE 1/4 Stunde vor der Veranstaltung mit diesem Anliegen an H. Saalfeld.

Wer jetzt annimmt, daß Saalfeld über den prominenten Besuch hochofret war und diesen ans Mikrofon gebeten hätte, muß enttäuscht werden. Das Gegenteil war der Fall: Saalfeld hielt es nicht einmal für notwendig, die einfachsten Regeln der Höflichkeit zu bewahren, geschweige denn, den Konsul zu begrüßen.

»Also Mädchen, das hätteste dir ja ein bißchen früher überlegen können, mal Bescheid sagen können, das geht so natürlich nicht, wir haben hier eine feste Tagesordnung, die kann nicht umgestoßen werden...« Nach weiterem Bestehen auf unserem Anliegen: *»Wenn ich gewußt hätte, daß ihr hierherkommt, hätte ich dafür gesorgt, daß ihr überhaupt nicht hereinkommt!«* (Wahlveranstaltung der SPD und der Gewerkschaften!)

Da die umstehenden und hinzugekommenen Gewerkschaftsvertreter sowie der auch anwesende Innensenator Staak nicht alle in gleicher unverschämter Weise die Meinung von Saalfeld vertraten, sah er sich schließlich genötigt, folgenden Kompromiß vorzuschlagen: die Erklärung des Konsuls dürfe am Ende der Veranstaltung von einem Gewerkschaftsvertreter verlesen werden. Dann erst begab sich Saalfeld an den Tisch des Konsuls, bat ihn vor die Tür des Veranstaltungsraumes und teilte ihm dort seine Entscheidung mit. Gegenüber den noch im Raum befindlichen Mitgliedern der CONADE äußerte er sich anschließend sinngemäß folgendermaßen: *»Ihr müßt wirklich anerkennen, daß wir guten Willens sind, unser Möglichstes tun, die Sache zu unterstützen. Mehr können wir nicht tun.«*

Die Frage, ob nicht die Versammlung befragt werden könne, sich die Erklärung **jetzt** anzuhören, wies er barsch zurück: *»Mädchen, wir sind hier nicht auf einer Asta-Versammlung... Ihr stört sowieso schon.«*

Ein kleiner Lichtblick nach dieser Abfuhr tat sich erst auf, als wir erfuhren, daß im gegenüberliegenden Saal des Gewerkschaftshauses eine Delegiertenversammlung der IG Druck + Papier tagte und einige Mitglieder sich bereit erklärten, zu beantragen, daß der Konsul hereinkommen und sprechen könne. Der Antrag wurde umgehend einstimmig positiv verabschiedet und der Konsul konnte seine Erklärung vor dieser Versammlung unter großem Beifall vorlesen.

Die spontane solidarische Haltung der anwesenden Gewerkschaftsmitglieder ermutigte uns bekanntzugeben, daß

¹ die Zulassung als Konsul.

Nach internationalem Recht bestimmt die Regierung eines Landes — so illegitim sie auch an die Macht gekommen sein mag —, welche Person ihren Staat im Ausland vertritt. Der Gaststaat (BRD und Bundesland Hamburg) hätten einen neuen Konsul hiernach zu akzeptieren, zumal die BRD ihren Botschafter in La Paz belassen hat.

Bericht über eine IBFG-Mission

Der Delegation des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), die sich über die Lage der Gewerkschaften und der aktiv tätigen Mitglieder der bolivianischen Landeszentrale COB unterrichten und verhafteten oder entlassenen Gewerkschaftern und ihren Familien humanitäre Hilfe leisten bzw. für sie organisieren sollte, gehörten zehn Personen an, die alle Mitglieder des IBFG-Ausschusses für die Verteidigung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte in Lateinamerika sind.

Die Delegation traf am 14. September in La Paz ein. Nachdem sie in den darauffolgenden Tagen mit politischen Flüchtlingen in mehreren Botschaften in La Paz und mit Vertretern der Kirche und der Presse zusammengetroffen war, bat sie die Behörden um die Erlaubnis, die seit dem Staatsstreich am 17. Juli eingekerkerten Gewerkschafter zu besuchen. Der Innenminister verweigerte diese Erlaubnis und erklärte, daß die Gewerkschafter „nicht wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit, sondern wegen ihrer politischen Betätigung verhaftet worden waren“. Daraufhin hat die Delegation den Präsidenten der Republik um eine Unterredung gebeten. Sie wurde verweigert. Die Vertreter des IBFG wurden lediglich vom Sekretär der Präsidentschaftskanzlei empfangen.

Am 17. September kehrten die Delegierten aus Kanada, Israel und

Spanien in ihre jeweiligen Länder zurück.

Am 18. September lernen die sechs Mitglieder der Mission, die sich noch in La Paz aufhalten, die brutalen Methoden der bolivianischen Diktatoren kennen. Der Leiter der Mission, *Enzo Friso*, berichtet:

„Donnerstag abends war ich in meinem Hotelzimmer. Plötzlich wird an die Tür gehämmert. Männer in Zivil dringen in mein Zimmer ein, unter ihnen der Direktor im Innenministerium. Ich werde in einen Lieferwagen gestoßen und einige Minuten darauf sehe ich die anderen Mitglieder der Delegation im Ministerium wieder. An diesem verschmutzten Ort drohen die Polizisten in Zivil sofort mit der Folter. Sie schlagen *Alfredo Moncada* halbtot und stoßen ihn zu Boden.“ Nach dieser brutalen Behandlung finden sich die Delegierten des IBFG in kleinen Einzelzellen im Keller des Ministeriums wieder. „Unsere Gesellschaft waren ein bewaffneter Polizist und die Ratten“, fährt *Enzo Friso* fort.

Am Morgen des darauffolgenden Tages wird das Verhör fortgesetzt. Die Gewerkschafter werden beschuldigt, Agenten einer internationalen Verschwörung zu sein, die das Ziel hat, den Ruf der Regierung des nationalen Wiederaufbaus zu besudeln. Die Berichte im Gepäck der Delegierten werden als Beweisstücke vorgelegt, darunter ein Bericht des IBFG an die Internationale Arbeitsorganisation und ein Text des Weltkirchenrates.

„Ich hatte Schecks über 30000 US-Dollar mitgenommen, um die Familien der Gewerkschafter zu unterstützen“, berichtet *Enzo Friso*. „Die bolivianische Kirche hatte

sich bereit erklärt, als Vermittler zu dienen, und ich hatte auf den Namen von *Alberto Moncada* ein Bankkonto in La Paz eröffnet. Die Polizisten haben uns Revolver an den Rücken gesetzt und *Moncada* und mich gezwungen, die Schecks zu unterschreiben. Dann haben sie alle Mitglieder der Delegation bis auf den letzten Pfennig ausgeraubt. Danach legten sie ihre Beute auf den Tisch und teilten sie untereinander auf. Der Innenminister, Oberst *Luis Arce Gomez*, der auch für die Bereiche Justiz und Migration zuständig ist, ist persönlich gekommen, um sich seinen Teil der Beute zu sichern. Mehrere Male sind Militärs gekommen, um mich nach der genauen Höhe der Summen zu fragen, die wir bei uns hatten, da sie fürchteten, ihre Waffenbrüder würden sie übers Ohr hauen.“

Nach den „Verhören“ wurde *Enzo Friso* und *Ulf Asp* (LO-Schweden) in ein Flugzeug in Richtung Chile gesetzt.

J. R. Marval hatte in der venezolanischen Botschaft Asyl und Schutz gefunden, von wo aus er die Öffentlichkeit über die Mißhandlungen alarmieren konnte, denen die Delegierten des IBFG ausgesetzt worden waren.

Drei Mitglieder der Mission wurden bis zum 22. September als Geiseln zurückgehalten und dann nach Argentinien ausgewiesen. Die bolivianischen Behörden sollen tatsächlich versucht haben, über die Freilassung von *L. Cal*, *T. Alberti* und *A. Moncada* zu verhandeln und als Gegenleistung die diplomatische Anerkennung ihrer Regierung durch die Europäische Gemeinschaft und Venezuela verlangt haben.

Der vom Bundesvorstand des DGB (unterzeichnet von H.O.Vetter) ohne jeden Kommentar an die Mitglieder des Bundesvorstandes verschickte Bericht des IBFG gibt uns einen Einblick in das Denken und Handeln westlicher „freier“ Gewerkschaftsführer. Die „Übergabe“ von Arbeitergeldern durch die IBFG-Delegation an die bolivianische Junta erinnert fatal an die Übergabe der Gewerkschaftskassen des ADGB an den Führer der nationalsozialistischen „Arbeitsfront“, Dr. Robert Ley. Keiner der IBFG-Delegierten bringt soviel Rückgrat auf, die Unterschrift unter den Scheck wenigstens zu verweigern, nachdem sie in ihrer grenzenlosen politischen Beschränktheit das Geld auf einer offiziellen Bank in Bolivien eingezahlt haben. Was hätte den IBFG-Delegierten eigentlich passieren können, wenn sie die Unterschrift verweigert hätten? Damit vergleiche man die Opfer, die die bolivianischen Kollegen im Lande im Kampf gegen die Junta bringen müssen (ohne einen ausländischen Paß und Staatsbürgerschaft in der Tasche zu haben).

Erschreckend auch die Solidarität unter den Delegierten der IBFG-Gewerkschaften selbst, die Hälfte reist ab und die andere bleibt noch da. Nicht einmal eine gemeinsam begonnene Reise können sie auch gemeinsam abschließen. Haben da Leute vorher schon Wind bekommen, was auf sie zu kommen würde? Erschreckend die „Antwort“ des IBFG: Klage beim IAA usw. — wie anders hätten sich wohl Vetter oder seinesgleichen in der Situation in La Paz verhalten, wenn sie an dieser Delegation teilgenommen hätten? Diese IBFG-Reise zur Unterstützung der bolivianischen Arbeiter, ihr Ergebnis und Sprachlosigkeit des DGB dazu sind ein schlagender Beweis für diejenigen Kollegen, die der Auffassung sind, daß von deutschen Kollegen für ihre bolivianischen Kollegen gesammelte Gelder nicht über den DGB den ihnen zugedachten Bestimmungsort erreichen.

der Konsul auf der Wahlveranstaltung nebenan nicht sprechen dürfe.

Daraufhin boten sich der Ortsvereinsvorsitzende Manfred Goll und 2 weitere DruPa-Mitglieder an, mit Saalfeld zu verhandeln.

Leider war das Ergebnis dieses Gespräches gleich Null: Es war der Kompromiß, zu dem sich Saalfeld schon vorher durchgerungen hatte.

Uns blieb danach also nichts anderes übrig, als das Ende der Veranstaltung abzuwarten. Der Konsul war zu stolz, um Gleiches zu tun! Dies wäre allerdings wünschenswert gewesen, um eine Lüge zurückweisen, zu der sich der IGM-Vertreter herabließ, bevor er die Erklärung des Konsuls verlas: Leider könne der Konsul selbst nicht sprechen, weil er sich auf einer Pressekonferenz befände! Wir waren sprachlos ob soviel Kaltschnäuzigkeit! Die anschließende Verlesung in der Ich-Form konnte man nur als zynisch empfinden. Wir, die anwesenden CONADE-Mitglieder schafften es gerade noch, der aufbrechenden Versammlung den tatsächlichen Sachverhalt darzustellen.

Das Verhalten des Hamburger DGB-Vorsitzenden gibt zu denken: Welche Interessen stehen hinter einem derart bürokratischen Verhalten? Warum halten sich unsere Gewerkschaftsvertreter an formalen Dingen fest, wenn es darum geht, über verbale Versprechungen hinaus einen ganz kleinen Schritt zu tun?

Man kann nur von Glück sprechen, daß an der Delegation des IBFG, die mit Spendengeldern nach Bolivien reiste und dort verhaftet wurde, kein Mitglied des DGB teilnahm (aus

Termingründen konnte niemand mitfahren), denn dann hätte sich hier sicherlich niemand — aus Termin- und sonstigen Gründen — für dessen Freilassung einsetzen können!

Zusatz: DGB Hamburg

Deutsche Gewerkschaften üben Solidarität

Daß das oben beschriebene Verhalten des Hamburger DGB-Vorsitzenden nicht rein zufällig die Einstellung eines einzelnen Gewerkschaftsvertreters zur Solidarität mit Bolivien widerspiegelt, sondern eher Ausdruck für die Haltung des Hamburger DGB insgesamt ist, zeigt eine weitere Begebenheit.

Bevor der Putsch in Bolivien losging, befand sich eine Delegation bolivianischer Führer der Bergarbeitergewerkschaft auf einer Informationsreise durch Europa. In Hamburg galt ihr besonderes Interesse der Besichtigung der Hafenbetriebe und Gesprächen mit den dortigen Gewerkschaftskollegen. Nur dem ausdrücklichen Drängen einiger bolivianischer Kollegen ist es zu verdanken, daß diese Gespräche stattfinden konnten und die bolivianischen Gewerkschaftskollegen nicht — wie vom DGB ursprünglich vorgesehen — lediglich mit einer Hafenrundfahrt abgespeist wurden!

Als sich dann der Putsch am 17. 7. 1980 in Bolivien ereignete, befand sich die Delegation bereits auf Einladung der englischen Bergarbeiter in London. Von dort aus wandte sich der bolivianische Gewerkschaftsführer Victor Lopez Anfang August 1980 direkt an den DGB mit der Bitte um Hilfe und Unterstützung für seine im Kampf gegen die Militärjunta

Man kann nur von Glück sprechen, daß an der Delegation des IBFG, die mit Spendengeldern nach Bolivien reiste und dort verhaftet wurde, kein Mitglied des DGB teilnahm (aus Termingründen konnte niemand mitfahren), denn dann hätte sich hier sicherlich niemand — aus Termin- und sonstigen Gründen — für dessen Freilassung einsetzen können!

Zusatz: DGB Hamburg Deutsche Gewerkschaften üben Solidarität

Daß das oben beschriebene Verhalten des Hamburger DGB-Vorsitzenden nicht rein zufällig die Einstellung eines einzelnen Gewerkschaftsvertreters zur Solidarität mit Bolivien widerspiegelt, sondern eher Ausdruck für die Haltung des Hamburger DGB insgesamt ist, zeigt eine weitere Begebenheit.

Bevor der Putsch in Bolivien losging, befand sich eine Delegation bolivianischer Führer der Bergarbeitergewerkschaft auf einer Informationsreise durch Europa. In Hamburg galt ihr besonderes Interesse der Besichtigung der Hafentriebe und Gesprächen mit den dortigen Gewerkschaftskollegen. Nur dem ausdrücklichen Drängen einiger bolivianischer Kollegen ist es zu verdanken, daß diese Gespräche stattfinden konnten und die bolivianischen Gewerkschaftskollegen nicht — wie vom DGB ursprünglich vorgesehen — lediglich mit einer Hafentour abgeseigt wurden!

Als sich dann der Putsch am 17. 7. 1980 in Bolivien ereignete, befand sich die Delegation bereits auf Einladung der englischen Bergarbeiter in London. Von dort aus wandte sich der bolivianische Gewerkschaftsführer Victor Lopez Anfang August 1980 direkt an den DGB mit der Bitte um Hilfe und Unterstützung für seine im Kampf gegen die Militärjunta stehenden Kollegen und deren Familien. Vor allem lag ihm an einer sehr eindeutigen Aussage und entsprechendem Verhalten des DGB zu diesem Militärregime, weil die BRD als einer der wichtigsten Handelspartner Boliviens erheblichen Druck auf die Junta ausüben könnte!

Dasselbe forderte Domitila Chungara, Vorsitzende des bolivianischen Hausfrauenkomitees, die sich zum Zeitpunkt des Putsches auf der Uno-Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen befand und sich nun nach Möglichkeiten umsah, um über die furchtbaren Ereignisse in ihrem Land zu informieren und um Solidarität für ihr Land zu werben. Auch sie drang auf ein Treffen zwischen den sich im Ausland aufhaltenden bolivianischen Gewerkschaftern und dem Hamburger DGB, um die Zusammenarbeit zwischen der COB und dem Hamburger DGB für eine gewerkschaftliche Solidaritätsarbeit hierzulande voranzubringen. Bedauerlicherweise fand dieses Koordinationstreffen nie statt.

Domitila war zwar in Hamburg — sie erhielt freies Mittagessen in einem Schulungsheim des DGB und ein Handgeld von 100,- DM — ein gleichzeitiges Treffen mit Victor Lopez, dem Führer der Bergarbeitergewerkschaft scheiterte jedoch daran, daß der DGB nicht bereit war, die Reisekosten für die bolivianischen Gewerkschafter zu übernehmen. Dies wäre notwendig gewesen, weil auch Domitila sich nach ihrem kurzen Besuch in Hamburg wieder nach Norwegen begeben hatte, um sich dort um Kontakte zu bemühen.

»Feierabend mit der Solidarität!« war die Antwort. Mit Essen und Handgeld sei nun wirklich schon genug getan worden! Domitila kehrte nach Hamburg zurück und organisierte zusammen mit dem Solidaritätskomitee CONADE eine Veranstaltung, zu der eine Reihe von Parteien, wenige Gewerkschafter und Vertreter von Menschenrechtsorganisationen erschienen. Domitilas Reisekosten wurden durch die Spendensammlung an diesem Abend gedeckt: 1200,- DM.

Einige unserer Gewerkschafts-Funktionäre wissen aus eigener bitterer Erfahrung, welche Bedeutung das Verhalten des Auslands und deren Gewerkschaften in einem Land hat, das von einem Mörderregime terrorisiert wird. Warum verdrängen unsere Gewerkschaftsvertreter die Tatsache, wie dringend nötig die bolivianischen Kollegen dieses Geld brauchen, um im Widerstand zu überleben, neue Kräfte zu sammeln und die Gewerkschaft zu reorganisieren?

Buchbesprechung:

Domitila berichtet über das Leben der Minenarbeiter Boliviens

Das Buch »Wenn man mir erlaubt zu sprechen... Zeugnis von Domitila, einer Frau aus den Minen Boliviens«¹ ist das Ergebnis vieler Gespräche und Korrespondenzen der Autorin mit Domitila Chungara, einer Minenarbeiterin aus der Mine »Siglo XX« (Zwanzigstes Jahrhundert), dem größten Minenrevier Boliviens, in dem Zinn unter staatlicher Leitung gefördert wird. Domitila ist Vorsitzende des »Hausfrauenkomitees Siglo XX«, welches ebenso wie die bolivianische Minenarbeitergewerkschaft in den Gewerkschaftsdachverband Boliviens (Central Obrera Boliviana, COB) integriert ist.

Domitila erzählt in ihrer schlichten, unmittelbaren Sprache ihr Leben und berichtet von ihrem Befreiungskampf, von der unvorstellbaren Unterdrückung in »Siglo XX«. »Ich möchte keinen Augenblick, daß man die Geschichte, die ich erzählen will, nur als meine persönliche Angelegenheit versteht. Denn ich glaube, daß mein Leben mit dem meines Volkes verbunden ist... Ich will ein Zeugnis hinterlassen von all den Erfahrungen, die wir durch so viele Jahre des Kampfes in Bolivien gemacht haben, und mein Scherflein dazu beitragen, daß unsere Erfahrungen... nützlich werden... Es spielt keine Rolle, auf welchem Papier, aber ich will, daß es der Arbeiterklasse nützt...«

Und so ist es nicht allein Domitilas Leben, mit dem wir bekannt gemacht werden, sind es nicht nur ihre Kämpfe und Leiden, die wir in diesem Buch miterleben, sondern die der bolivianischen Minenarbeiter und ihrer Familien, die des schon seit Jahrhunderten gepeinigten, ausgebeuteten und

unterdrückten Volkes. Wir lesen von den Kämpfen der Minenarbeiter in »Siglo XX«, die periodisch immer wieder durch Arbeitsniederlegungen versuchen, ihre armseligen Lebensbedingungen und Löhne zu verbessern und die, als kampfstarker Teil der bolivianischen Arbeiterklasse, immer wieder von Massenentlassungen, Lohnkürzungen, Verhaftungen und Massakern mit Hunderten von Opfern unterdrückt wurden und werden — und sich doch immer wieder erhoben, ihre Reihen schlossen und den Kampf fortführten.

Schon von frühester Kindheit an wächst Domitila in ein Leben herein, das aus Armut und Ausbeutung, harter Arbeit und Kampf besteht. Sie heiratet einen Minero, einen Minenarbeiter in »Siglo XX« und lebt mit ihm und den gemeinsamen Kindern in einer winzigen Hütte, die der Minengesellschaft gehört. »Die Hütte, die der Arbeiter im Lager bewohnt, ist immer nur geliehen. Er bekommt sie erst, wenn er schon einige Jahre Dienst vollendet hat... Viele Mineros arbeiten bis zu fünf oder zehn Jahren, ohne eine Hütte zu haben... Außerdem wird die Hütte nur so lange geliehen, wie der Arbeiter bei der Gesellschaft ist. Wenn er einmal stirbt oder wegen der Berufskrankheit, der Minenkrankheit, arbeitsunfähig ist, werden sie ihn oder seine Witwe oder seine Frau aus der Hütte, und sie hat 90 Tage Zeit, um das Zimmer zu räumen« (S. 25). Wasser, Sanitäreinrichtungen kennt man in diesen Hütten nicht. Und die Lebensmittel erhält man im mineneigenen Laden, wo sie direkt, vom Lohn abgezogen werden. So werden die Minenarbeiter ganz in die Abhängigkeit von der Minengesellschaft getrieben.

Die Arbeiter arbeiten in der Mine unter unerträglichen Bedingungen in drei Schichten. »Knapp 35 Jahre ist die durchschnittliche Lebenserwartung des Minenarbeiters. Dann

¹ Niedergeschrieben von Moema Viezzer und im Lamuv-Verlag inzwischen in der 5. Auflage erschienen.



ist er also schon vollkommen krank, hat die Minenkrankheit. Dann läßt man soviel Explosionsstoff hochgehen, um das Erz herauszuholen; dann kommen die Partikel durch die Atemwege, den Mund und die Nase, in die Lungen, und sie zerfressen und zerstückeln die Lunge. Und die Arbeiter beginnen, Blut zu spucken... Und am Schluß brechen sie Stücke Lunge aus, dann sterben sie... Und weil die Minereros Coca kauen, um sich bei der Arbeit Mut zu machen, sagt man, die Minereros wären drogenabhängig, sie wären die »Khoya Locos«, die Verrückten der Mine. So schwer ist unser Leben« (S. 30).

Und trotzdem verdienen die Männer so wenig, daß die Frauen und Kinder hinzuverdienen müssen. Jede Arbeit ist recht, denn es gibt große Arbeitslosigkeit, und nicht viele Frauen finden Arbeit.

Domitila verdient Geld, indem sie morgens um vier schon aufsteht und Pasteten backt, um sie dann auf der Straße zu verkaufen. Auch dies bringt nur einige Pesos ein. Die Hausarbeit ist aufgrund der primitiven Lebensbedingungen ungeheuer mühsam und beansprucht so viel Zeit, daß für sie nicht mehr als vier oder fünf Stunden Schlaf übrig bleiben. »Ich glaube, all das zeigt sehr gut, wie man den Minero doppelt ausbeutet, nicht wahr? Weil die Frau zu Hause viel mehr arbeiten muß, da er so wenig Geld bekommt... Weil es so viel Hausarbeit gibt, zum Beispiel Fleisch holen, Wasser holen, lassen wir sogar die Kleinen arbeiten... In meinem Fall, zum Beispiel, mein Mann arbeitet, ich arbeite, ich lasse meine Kinder arbeiten, so daß wir mehrere sind, um den Lebensunterhalt zu verdienen. Und die Herren werden reicher und reicher, und die Lage der Arbeiter wird weiterhin schlechter« (S. 37).

Das Hausfrauenkomitee

Dieses Bewußtsein ihrer Ausbeutung läßt auch Domitila in die Reihen derer eintreten, die gegen die Verhältnisse kämpfen: 1961 bildete sich das »Hausfrauenkomitee Siglo XX« in dem Domitila seit 1963 mitarbeitet. Zuerst hatten sich die Frauen organisiert, um nach La Paz zu marschieren und dort die Befreiung ihrer verhafteten Männer, Arbeiterführer aus »Siglo XX«, zu erreichen. Als dieser Versuch fehlschlug, begannen sie einen verzweifelten Hungerstreik, der schließlich zum Erfolg führte. Sie erreichten nicht nur die Freiheit ihrer Männer, sondern erkämpften sogar all das, was vorher die Arbeiter gefordert hatten und wofür sie verhaftet worden waren. Diese Frauen etwa 60, gründeten das »Hausfrauenkomitee«. »Man hätte das Gelächter hören sollen, in das die

Männer darüber ausbrachen«. (S. 73) »Unsere Arbeit war nicht immer einfach. Nicht einmal mit den (Gewerkschafts-) Leitern. Nicht alle verstanden und halfen uns. Klar, daß wir manchmal ins Fettnäpfchen traten aus Mangel an Erfahrung.« (S. 76)

Domitila beschreibt auch die anfangs mangelnde Solidarität der Arbeiter — ihrer Männer — ihre Versuche, die eigenen Frauen vom Komitee und der politischen Tätigkeit abzuhalten. »Als wir zum Beispiel die Demonstration gegen die Erhöhung des Solls im Jahre 1973 einberiefen, haben einige 5000 Frauen teilgenommen. Als sie wieder nach Hause zurückkehrten, haben viele Arbeiter sie geschlagen und gesagt, sie seien Hausfrauen und hätten nichts mit Politik zu schaffen, und ihre Pflicht sei es, zuhause zu sein.« (S. 77) »Also lassen aus Furcht... viele Genossen ihre Frauen weder an Demonstrationen noch an dem Komitee teilnehmen noch an irgendwas anderem.« (S. 76)

Und doch wurde das Komitee immer größer, immer kampfstärker. »Die Organisation wuchs und ist heute sehr wichtig, nicht nur für die Frauen selbst, sondern für die ganze Arbeiterklasse.« (S. 74) Es gibt inzwischen in fast allen Minenrevieren Frauenkomitees, und es wurden Versuche unternommen, mit den Gruppen der Bauern- und Landarbeiterfrauen zusammenzuarbeiten und damit auch die alte Spaltung zwischen den Minereros und der Landbevölkerung zu überwinden, die den Herrschenden in Bolivien so oft genützt hat.

So sind die bolivianischen Arbeiterfrauen in den Kampf ihrer Klasse gegen die unmenschliche Unterdrückung und Ausbeutung ihrer Arbeitskraft eingetreten, weil nur die Beseitigung dieser Unterdrückung überhaupt die Bedingungen schaffen kann, »um zu einer vollkommenen Befreiung zu gelangen, auch in unserer Existenz als Frau« (S. 43). Diese Frauen, die unter unvorstellbaren Bedingungen kämpfen, die ihre Männer und Kinder in diesem Kampf sterben sahen, verhaftet und gefoltert wurden wie Domitila, der man das werdende Kind im Bauch zertrat, werden sich nicht mehr beugen, vor keiner Art von Herrschaft. Sie werden sich nicht mehr an den Kochtopf zurücktreiben lassen, weil der Sieg des bolivianischen Volkes, wenn er stattfindet, einer sein wird, den die Frauen miterkämpft haben.

So kann Domitila auch nicht die Anliegen von Feministinnen aus den hochentwickelten kapitalistischen Ländern verstehen, weil die materiellen Grundlagen zu unterschiedliche und die Erfahrungen von Ausbeutung und Unterdrückung andere sind.

Der letzte Putsch in Bolivien im Juli 1980, der die Arbeiterklasse mit massenweisen Ermordungen, Verhaftungen ihrer Führer traf, überraschte Domitila, als sie gerade im Ausland auf einer Konferenz weilte. Mit dem Verbot und der Verfolgung der Gewerkschaften, von denen auch die Frauenkomitees betroffen sind, wurde Domitila als staatsfeindliche Person erklärt und ihr »Eigentum« enteignet, all könne eine Arbeiterfrau, die unter diesen Bedingungen in Bolivien leben mußte, viel Eigentum erwerben. Ihre Familie ist weiterhin in Bolivien. Wie auch andere Gewerkschaftsführer, die zur Zeit des Putsches im Ausland waren, reist Domitila nun umher, um hier und in anderen Ländern für Sympathien und Solidarität für die bolivianischen Arbeiter und das unterdrückte bolivianische Volk zu werben und um Geld zu sammeln, das der Unterstützung des gewerkschaftlich organisierten Kampfes der bolivianischen Arbeiterklasse dienen soll.

Was wir hier in der Bundesrepublik tun können, ist nicht viel, gemessen an dem, was nötig wäre. Aber wir können versuchen, da zu helfen, wo wir diese wenigen Möglichkeiten haben. Wir können versuchen, die Gespräche und Diskussionen über die Lage der Kollegen und Kolleginnen in Bolivien nicht versanden zu lassen, wir können im Betrieb und in der Gewerkschaft dafür drängen, Geld zu sammeln und dafür sorgen, daß es die Arbeiter in Bolivien erreicht, wir können Domitila und die bolivianischen Kollegen zu Veranstaltungen einladen, sofern sie in unsere Stadt kommen. Wir können auch, wenn wir im pädagogischen Bereich arbeiten, den Film über das Buch von Domitila vorführen² und bei Interessierten Informationen verbreiten und Solidarität erbitten.

² Film »Domitila aus dem 20. Jahrhundert«, im Verleih des Lamuv-Verlages.